

Sozialkassen

Das neue Gesetz sichert Zusatzrenten, Urlaub und Bildung für das Baugewerbe.

SEITE 3

Privatisierung

Die Online-Petition des DGB kämpft für eine zukunftsfähige Verkehrsinfrastruktur.

SEITE 4

Wettbewerb

EU-Kommission stellt Dienstleistungspaket vor. Der DGB ist klar dagegen.

SEITE 5

Handwerkskonferenzen

IG BAU und IG Metall können auf erfolgreiche Handwerkskonferenzen zurückblicken.

SEITE 6

Perspektive Selbstverwaltung

Das Handwerk liegt in unseren Händen

Selbstverwaltung und Handwerk sind untrennbar verbunden. So war das schon immer. Doch aktuelle Entwicklungen im Handwerk gefährden eben diese Identität. In einer neuen Initiative wollen wir jetzt gemeinsam mit dem Bildungsträger „Arbeit und Leben“ das ehrenamtliche Engagement fördern, Emanzipation und Mitbestimmung im Handwerk verbessern: Willkommen zur „Perspektive Selbstverwaltung“!

Das Handwerk und damit auch die handwerkliche Selbstverwaltung befinden sich in einem entscheidenden Wandlungsprozess: Traditionelle Handwerksstrukturen mit inhabergeführten Betrieben bilden sich zurück. Stattdessen gibt es auf der einen Seite mehr Kleinbetriebe und Solo-Selbstständige, auf der anderen Seite geht die Entwicklung hin zu Handwerkskonzernen. Die Folge: Innungszugehörigkeit und Tarifbindung sind rückläufig. Daneben erfordern Digitalisierung, demografischer Wandel und Migration ein Umdenken, auch im Handwerk.

Wer ist die treibende Kraft im Handwerk?

Der DGB ist immer für Veränderungen, solange sie die Arbeitnehmerrechte stärken, Lohn- und Arbeitsbedingungen verbessern und mehr Mitbestimmung zur Folge haben. Deshalb begreifen wir die Krise als Chance: „In solchen Zeiten gilt es, die Beschäftigten im Handwerk für die Selbstverwaltung und für das Handwerk insgesamt zu aktivieren! Nur mit engagierten Handwerkerinnen und Handwerkern kann das Handwerk langfristig erfolgreich bleiben und zukünftige

Herausforderungen meistern“, so Stefan Körzell, Mitglied des Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes.

In einer gemeinsamen Erklärung zum Branchendialog haben DGB, Zentralverband des Deutschen Handwerks und Wirtschaftsministerium angekündigt, eine entsprechende Initiative zur Stärkung des Ehrenamt ins Leben zu rufen.

Mobilisieren. Beraten. Qualifizieren

Das Projekt „Perspektive Selbstverwaltung“ (kurz PerSe), wird vom Bundesarbeitskreis „Arbeit und Leben“ durchgeführt. Der DGB-Bundesvorstand agiert dabei als Partner. Es werden Qualifizierungs-, Bildungs- und Beratungsstrukturen für die ehrenamtlich Tätigen in der Selbstverwaltung des Handwerks aufgebaut und weiterentwickelt.

Neben Weiterbildungsangeboten, Informationsveranstaltungen und Diversity-Trainings (Training im Umgang mit Vielfalt wie z. B. unterschiedliche Kulturen) werden Mentoring-Strukturen entwickelt.

Da jede Handwerkskammer vor einer anderen Situation steht, können die Maßnahmen individuell angepasst werden: Wie werden neue aktive Mitglieder gewonnen? Wie hoch ist die Frauenquote in der Vollversammlung, und wie lässt sie sich verbessern? Stehen Kammerwahlen an? Können Plätze neu besetzt werden?

Oder brauchen die Kolleginnen und Kollegen im Rechnungsprüfungsausschuss Beratung? Eine große Stärke der Perspektive Selbstverwaltung besteht in der Vielfalt und Individualität. So gibt es für jede Arbeitnehmerbank die beste Lösung!



Jetzt bewerben!

Der Countdown läuft: Bis 28. April 2017 können Bewerbungsunterlagen für die erste Auswahlrunde schriftlich eingereicht werden. Die Entscheidung über die Teilnahme am Projekt erfolgt bis spätestens 17. Mai 2017.

Der Einstieg in das Projekt „Perspektive Selbstverwaltung“ ist etappenweise möglich. Weitere Bewerbungstermine werden im Rahmen eines transparenten Verfahrens rechtzeitig bekannt gegeben und können angefragt werden. Bewerbungen

von Selbstverwaltungsmitgliedern einzelner Handwerkskammern sind ebenso erwünscht wie Bewerbungen von Mitgliedern mehrerer Kammern, gemeinsam im Verbund.

Ansprechpartner/innen fürs Projekt „Perspektive Selbstverwaltung“:

Inga Maubach, Tel. 02 02-9 74 04 18, maubach@arbeitundleben.de
Gerd Muschner, Tel. 01 73-2 35 99 07, muschner@arbeitundleben.de
Anna Dollinger, Tel. 030-2 40 60-309, anna.dollinger@dgb.de

Liebe Leserinnen und Leser!

Mit der neuen Initiative „Perspektive Selbstverwaltung“ startet der Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben in diesem Jahr ein umfassendes Maßnahmenpaket mit dem Ziel, die Strukturen der handwerklichen Selbstverwaltung systematisch auszubauen. Jetzt ist es an euch, aktiv zu werden. Bis 28. April 2017 läuft die Bewerbung zur ersten Auswahlrunde. Unsere Ansprechpartner stellen gerne die Bewerbungsunterlagen zur Verfügung. Mehr zum Projekt auf den Seiten 1 und 2.

Die öffentliche Infrastruktur in Deutschland wird auf Verschleiß gefahren. Der DGB kämpft für Investitionen in die Zukunft und gegen jede Form der Privatisierung öffentlicher Infrastruktur. Dazu brauchen wir aber jede einzelne Stimme unserer Mitgliederbasis. Zum Beispiel für unsere Petition gegen die Privatisierung von Autobahnen. Die Hintergründe stehen auf Seite 4. Gebt am besten noch heute eure Stimme ab auf www.dgb.de/unsere-autobahn.

Zum Glück gibt es immer wieder auch gute Nachrichten. So wurden Zusatzrenten, Urlaubsansprüche und Bildungsmöglichkeiten für viele Beschäftigte am Bau gesichert. Der Bundestag hat dem „Gesetz zur Sicherung der Sozialkassenverfahren im Baugewerbe“ am 26. Januar 2017 mit überwältigender Mehrheit zugestimmt. Der ganze Krimi auf Seite 3.

Der DGB kämpft für fairen Wettbewerb, nicht nur in Deutschland, sondern auch in der EU. Für grenzüberschreitende Dienstleistungen innerhalb der EU gelten momentan die Regulierungen des Ziellandes. Die EU-Kommission macht jetzt einen erneuten Anlauf, das zu ändern. Wir fürchten um soziale Sicherheit, Lohn, Arbeits- und Gesundheitsstandards – und engagieren uns gegen das Herkunftsland-Prinzip. Mehr auf Seite 5.

Manche Veränderungen kommen nur sehr langsam in Bewegung. So verdienen Frauen in Deutschland noch immer etwa 21 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen. Gemeinsam mit dem Deutschen Frauenrat und dem Sozialverband Deutschland wiederholen wir zum Equal Pay Day 2017 unsere Grundforderung und werden nicht eher ruhen, bis diese erreicht ist: Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit!

Stefan Körzell, Mitglied des Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes



Stefan Körzell, DGB-Vorstandsmitglied, zuständig für Handwerkspolitik

Copyright: DGB/Simone M. Neumann

Stimmen zu PerSe

„Stärkung der Kammern liegt uns am Herzen!“



Copyright: privat

„Die handwerkliche Selbstverwaltung befindet sich nach der Novellierung der Handwerksordnung und den daraus resultierenden Verwerfungen im Umbruch, der unter anderem durch den Rückgang der traditionellen Handwerksstrukturen gekennzeichnet ist. Es wird immer schwieriger, geeignete Kandidatinnen und Kandidaten zu finden, die sich in der Selbstverwaltung des Handwerks mit einbringen wollen und können. Hier gilt es in den nächsten Jahren, die Weichen zu stellen. Ich freue mich auf das Projekt und die Stärkung der Selbstverwaltung im Handwerk!“

Karsten Berlin

Arbeitnehmer-Vizepräsident Handwerkskammer Berlin



Copyright: Arbeit und Leben

„Mit PerSe führen wir die Tradition von „Arbeit und Leben“ fort, die Arbeitnehmervertretung zu stärken – mit zeitgemäßen und aktuellen Themen des Handwerks. Dieser wichtige Auftrag ist nicht nur aus Bildungsperspektive notwendig, sondern auch vor dem Hintergrund unseres Erfahrungs- und Netzwerkwissens sinnvoll: Die Stärkung der Kammern an den Stellen, auf die es individuell ankommt, liegt uns besonders am Herzen!“

Barbara Menke

Geschäftsführerin Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben e. V.



Copyright: DGB

„Ich freue mich, dass der Branchendialog Handwerk erfolgreich war. Mit PerSe entsteht ein innovatives Projekt um die ehrenamtlichen Strukturen in den Handwerkskammern zu stärken. Je nach Bedürfnissen und Herausforderungen der Kolleginnen und Kollegen in den einzelnen Handwerkskammern kann ein individuelles Programm zur Stärkung des Ehrenamts vor Ort geschaffen werden. PerSe bringt die besten Voraussetzungen um das ehrenamtliche Engagement in den Kammern zu unterstützen und die Mitglieder der Selbstverwaltung besser miteinander zu vernetzen. So können alle die Zukunftsthemen wie beispielsweise Fachkräftesicherung, Stärkung der Tarifbindung oder Digitalisierung angehen und das Handwerk voranbringen.“

Helmut Dittke

Koordinator Handwerkspolitik/ KMU IG Metall



Copyright: HWK Dortmund

„Die hoheitlichen Aufgaben, die in der Selbstverwaltung des Handwerks übernommen werden, müssen kompetent umgesetzt werden. Eine starke Selbstverwaltung gibt es nur mit geschulten ehrenamtlich engagierten Menschen, von Arbeitgeberseite wie auch von Arbeitnehmerseite. In den nächsten drei Jahren werden wir uns verstärkt darum kümmern, die Schulungsmöglichkeiten, die es in den Rahmen des Projektes gibt, mit unseren Kolleginnen und Kollegen zu nutzen, um unserer Verantwortung für das Handwerk auch in Zukunft gerecht zu werden.“

Klaus Feuler

Vizepräsident der Arbeitnehmerseite im DHKT-Vorstand und Arbeitnehmer-Vizepräsident der Handwerkskammer Dortmund

Impressum

Herausgeber: DGB-Bundesvorstand, Handwerkspolitik

Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin

Telefon: 030 / 2 40 60-309, Telefax: 030 / 2 40 60-677

E-Mail: handwerk@dgb.de

Internet: www.handwerk.dgb.de

Verantwortlich: Stefan Körzell

Redaktion: Anna Dollinger

Redaktionelle Bearbeitung: Felix Schnetzer

Gestaltung, Druck und Vertrieb: PrintNetwork pn / ASTOV Vertriebsges. mbH

Abo-Service

Für Adress- und Abonnementänderungen senden Sie uns eine kurze Nachricht per E-Mail an silvia.pahlke@dgb.de oder geben uns telefonisch Meldung unter 030 / 2 40 60-768.

Bundestag und Bundesrat beschließen Soka-Gesetz

Zusatzrenten, Urlaub und Bildung am Bau gesichert

Die Sozialkassentarifverträge wurden in einem beispielhaften Gesetzgebungsprozess auf eine neue, verlässliche Basis gestellt. Über alle Fraktionen hinweg erfuhr das Gesetz breite Unterstützung von der LINKEN bis zur CDU/CSU. Am 26. Januar 2017 stimmte der Deutsche Bundestag dem „Gesetz zur Sicherung der Sozialkassenverfahren im Baugewerbe“ fast ohne Enthaltungen und Gegenstimmen zu.

Die Sozialkassen der Bauwirtschaft in Wiesbaden, München und Berlin kümmern sich seit mehr als 70 Jahren um zentrale Aspekte der sozialen Absicherung der Bauleute. SOKA-BAU ist die Dachmarke der beiden Wiesbadener Kassen – Urlaubskasse und Zusatzversorgungskasse – sie werden von den Arbeitgeberverbänden am Bau und der IG BAU gemeinsam getragen.

Wer hart arbeitet, braucht Urlaub

Das Urlaubsverfahren stellt sicher, dass die Arbeitnehmer am Bau ihren Urlaub auch beim Arbeitgeberwechsel nehmen können, und das Urlaubsgeld sowie das zusätzliche Urlaubsgeld tatsächlich ankommt. Dieses Verfahren ist höchst aktuell, obwohl es seit 1948 existiert und die Vorläufer aus der Weimarer Republik stammen. Denn nach wie vor wechseln viele Bauarbeiter ihren Arbeitgeber einmal oder sogar mehrmals während eines Urlaubsjahres. Würde es beim „gesetzlichen“ Urlaubsmodell bleiben, könnten die Urlaubsansprüche oftmals überhaupt nicht realisiert werden!

Mehr als eine Million Anwärter und Rentner profitieren von der Zusatzversorgungskasse, der größten Pensionskasse in Deutschland. Mit der Tarifrente Bau, die durch die Tarifparteien vor einem Jahr neu geregelt wurde, ist die Zusatzversorgung modern aufgestellt: Jeder Bauarbeiter erwirbt einen arbeitgeberfinanzierten Betriebsrentenanspruch, der ihm individuell auf seinem Konto bei der SOKA-BAU gutgeschrieben wird und den er ohne jeglichen Verwaltungsaufwand innerhalb der Bauwirtschaft von einem Arbeitgeber zum nächsten mitnehmen kann.

Im Alter bringt das bis zu 250 Euro zusätzlichen Rentenanspruch monatlich. Hinzu kommt, wenn der Körper nach einem langen und harten Berufsleben nicht mehr mitmacht und der Fall der Erwerbsminderung eintritt, sieht die Tarifrente Bau attraktive Leistungen vor. Wer heute

als Auszubildender am Bau anfängt, erhält von seinem Chef vom ersten Tag an 20 Euro monatlich für die zusätzliche Absicherung im Alter.

Allgemeinverbindlichkeit sichert Sozialleistungen

Die Berufsbildungsumlage stellt sicher, dass die Auszubildenden eine qualitativ hochwertige Ausbildung in überbetrieblichen Ausbildungszentren erhalten und die Bauarbeitgeber durch die Beteiligung an Ausbildungsvergütungen auch genügend Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen.

Basis für dieses branchenweite Plus an Leistungen sind Tarifverträge, die das Bundesarbeitsministerium seit jeher für allgemeinverbindlich erklärt hat. Das heißt, dass die Tarifverträge nicht nur für Gewerkschafts-

genau diese Allgemeinverbindlicherklärung überraschend für unwirksam und zwar rückwirkend für die letzten zehn Jahre! Hintergrund waren formelle Verfahrensfehler bei der Erteilung der Allgemeinverbindlichkeit.

Jetzt war schnelles Handeln durch den Gesetzgeber geboten. Denn in Konsequenz der bundesarbeitsrechtlichen Beschlüsse wären die Zusatzleistungen für die Bauleute nicht mehr finanzierbar gewesen. Es drohten Leistungseinbußen bis hin zum Verlust von hart erarbeiteten Ansprüchen.

In einem beispielhaften Gesetzgebungsprozess wurden die Sozialkassentarifverträge auf eine neue und verlässliche Basis gestellt. Mit breiter Unterstützung quer durch die Fraktionen wurde dem „Gesetz zur Sicherung der Sozialkassen-



mitglieder gelten, die bei einem im Arbeitgeberverband organisierten Unternehmen beschäftigt sind.

Über die Allgemeinverbindlichkeitserklärung müssen die Tarifverträge von allen Arbeitgebern am Bau zu Gunsten ihrer Beschäftigten eingehalten werden. Ohne branchenweit verbindlich geltende Tarifverträge können die Sozialkassen nicht funktionieren und die Leistungen an die Arbeitnehmer nicht erbracht werden.

Juristischer Krimi mit Happy End

Nach den neuesten Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichts vom 21. September 2016 stand all das auf der Kippe. Denn das Bundesarbeitsgericht erklärte in letzter Instanz

verfahren im Baugewerbe“ am 26. Januar 2017 fast ohne Enthaltungen und Gegenstimmen zugestimmt, nur vier Monate nach den Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichts.

Dietmar Schäfers, Stellvertretender IG-BAU-Chef, fasst zusammen: „Mit dem Soka-Sicherungsgesetz hat die Politik bewiesen, dass sie die Belange der Arbeiter im Blick hat. Allen Beteiligten war klar: Die Ansprüche von mehr als 700.000 Bauleuten, mehr als 35.000 Auszubildenden am Bau und mehr als einer Million Rentnern und Rentenansprüchern dürfen nicht verfallen. Das Engagement zur Sicherung der hart erarbeiteten Urlaubsansprüche, Zusatzrenten und fair geregelten Ausbildung am Bau war jede Mühe wert!“

In unsere Zukunft investieren statt privatisieren

Die öffentliche Infrastruktur wird seit über 15 Jahren auf Verschleiß gefahren: Schulen, Schwimmbäder, Brücken und Straßen verrotten. 130 Milliarden Euro müssten in den nächsten 15 Jahren allein in die Bundesfernstraßen investiert werden. Dabei ist Geld für Investitionen in Fülle vorhanden. Der DGB stellt sich mit einer Online-Petition klar gegen jede Form der Privatisierung und kämpft für eine zukunftsfähige Verkehrsinfrastruktur.

Der Finanzminister erzielt alljährlich Rekordüberschüsse, zuletzt fast 20 Milliarden Euro. Zudem kriegt der Staat das Geld faktisch umsonst. Noch nie war die Finanzierung öffentlicher Investitionen so günstig. Die jährliche Rendite von Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur beträgt laut einer Studie des Bundeswirtschaftsministeriums zufolge rund sieben Prozent. Nicht blindes Sparen ist die Grundlage für nachhaltige Arbeitsplätze und steigende Wettbewerbsfähigkeit, sondern öffentliche Investitionen.

Schleichende Privatisierung und Gebührenstaat

Straßen und Brücken müssen saniert werden, sonst leiden die Lebensqualität der Menschen und unsere Wirtschaftskraft. Kilometerlange Umwege kosten nicht nur die Logistikbranche viel Zeit und Geld. Derzeit werden zwar mehr Mittel bereitgestellt, aber unter der Knute der „Schwarzen Null“ hat der Personalabbau in den Straßenbauverwaltungen dazu geführt, dass zeitweise vorhandene Finanzmittel nicht abgerufen werden können.

Das Rezept der Bundesregierung: Zentralisierung in einer Infrastrukturgesellschaft des Bundes. Planung, Bau, Betrieb, Erhalt und Finanzierung der Autobahnen und angebundener Bundesstraßen sollen aus einer Hand effizienter und billiger werden.

Doch eine wirksame Umsetzung erfordert Wissen und Erfahrung von Personal und Fachkräften vor Ort. Noch liegt diese Aufgabe des Managements in den Händen der Bundesländer. Die parlamentarischen Verfahren für die Installation der Bundesgesellschaft aber laufen bereits. Arbeitsplatzverluste in den Landesbehörden und eine schleichende Privatisierung der Straßen sind zu befürchten.

Es geht auch um die Beteiligung des privaten Kapitals. Denn für die gewaltigen Investitionsbedarfe von Sanierung, Erhalt und Erneuerung

der Verkehrsinfrastruktur will man weder die Steuerpolitik ändern noch Kredite aufnehmen. Damit droht ein Paradigmenwechsel: Es könnte ein neues Geschäftsmodell für die Privatisierung der Daseinsvorsorge etabliert werden. Sollte die ‚PKW-Maut für Ausländer‘ nach der Bundestagswahl in eine ‚PKW-Maut für alle‘ ausgeweitet werden, ist dies ein weiterer Schritt in den Gebührenstaat.

DGB Position: Infrastruktur in staatlicher Hand

Die vollständige Nutzerfinanzierung lehnt der DGB ab, weil sie sozial ungerecht und ökonomisch ineffizient ist. Die Ausweitung der Lkw-Maut und Haushaltsmittel sind die richtige Finanzbasis. Zudem gilt für den DGB die Maxime „Verkehr finanziert Verkehr“. Investitionsentscheidungen müssen mit politischen Prioritäten abgeglichen werden. Dazu gehört die mögliche Umverteilung zwischen den Verkehrsträgern. Auch der erhebliche

ausgeschlossen werden. Der Staat muss Eigentümer bleiben und für die Verbindlichkeiten der Gesellschaft haften.

Sie sollte nicht als GmbH oder AG gegründet werden, sondern als Anstalt des öffentlichen Rechts. Öffentliche Private Partnerschaften (ÖPP) lehnt der DGB ab – insbesondere Netz-ÖPP und Strecken-ÖPP müssen ausgeschlossen werden. Denn wird der Betrieb von Teilen des Straßennetzes in der Regel auf Jahrzehnte an Baufirmen und etwa Versicherungsunternehmen vergeben, droht eine schleichende Privatisierung. Autobahnen dürfen kein lukratives Geschäftsmodell für Banken und Versicherungen werden.

Jetzt Online-Petition unterschreiben

Den Plänen der Koalition, trotz aller Vorbehalte eine Bundesfernstraßengesellschaft zu gründen, erteilt Stefan Körzell, Mitglied des Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes, eine klare



Gegen Autobahn-Privatisierungen: Der DGB bleibt dran. Martin Burkert (SPD), der Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur, plädiert gemeinsam mit Stefan Körzell (r.), Mitglied des Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes für klare Sicht auf diese wichtige Entscheidung für das öffentliche Eigentum an den Bundesfernstraßen (am 13. Februar vor dem Bundestag).

Investitionsbedarf im nachgeordneten Straßennetz bei Schiene, Wasserstraße, ÖPNV und beim Ausbau der Übergänge zwischen den Verkehrsträgern muss entschlossen abgearbeitet werden.

Für eine integrierte Netzentwicklung müssen Projektpriorisierung, Kontrolle und Rechtsaufsicht in der öffentlichen Hand liegen. Deshalb muss die unmittelbare oder mittelbare Beteiligung Privater an der Bundesfernstraßengesellschaft und deren Regionalgesellschaften im Grundgesetz

Absage: „Die Gewerkschaften setzen darauf, dass der Bundestag im Gesetzgebungsverfahren noch Änderungen bewirkt. Jede Form der Privatisierung unserer Autobahnen muss verhindert werden. Das Personal in den Straßenbauverwaltungen und die Arbeitsplätze müssen tarifvertraglich geschützt, die Planungskompetenzen der Länder müssen weiter genutzt werden“.

Der DGB hat eine Petition gegen jede Form der Privatisierung und für eine zukunftsfähige Verkehrsinfrastruktur gestartet: www.dgb.de/unsere-autobahn.

Vorstoß zur Dienstleistungskarte

Für fairen Wettbewerb in der EU

Für grenzüberschreitende Dienstleistungen gelten in der EU die Regulierungen des Ziellandes. Jetzt will die EU-Kommission in einem neuen Anlauf Schritte in Richtung Herkunftsland-Prinzip durchsetzen. Doch das hätte den massiven Abbau von sozialer Sicherheit, Lohn-, Arbeits- und Gesundheitsstandards zur Folge. Der DGB ist klar dagegen.

Die aktuell gültige Dienstleistungsrichtlinie basiert auf dem Prinzip, dass für Zulassung, Verbraucherschutz, Beschäftigtenrechte und Qualitätssicherung die Regulierungen des Ziellandes gelten: Dienstleistungen, die auf demselben Markt angeboten werden, unterliegen prinzipiell denselben Regulierungen, die vom Zielland festgelegt werden.

Auf diese Weise gelten einheitliche Regulierungen für sämtliche Dienstleistungen, die innerhalb eines Marktes angeboten werden und unabhängig davon, aus welchem Land die Anbieter kommen. Nur so ist fairer Wettbewerb möglich.

Herkunftsprinzip erfolgreich verhindert

Der damalige Binnenmarktkommissar Bolkestein wollte ursprünglich das sogenannte Herkunftslandprinzip einführen: Demnach könnte ein Unternehmen unter dem Recht seines Herkunftslandes, auch in allen anderen EU-Ländern, Dienstleistungen anbieten. Folglich könnten Dienstleistungsunternehmen, die in ihren Heimatländern nur schwachen Regulierungen zu Mindestlohn, Arbeitsschutz oder Bildungsabschlüssen unterliegen, auch in Ländern mit anspruchsvolleren Regeln ungehindert als Wettbewerber auftreten, ohne die strengeren Vorschriften beachten zu müssen!

Nicht zuletzt durch die Kritik der Gewerkschaften wurde damals die Einführung des

Herkunftslandprinzips verhindert. Die Möglichkeit der Mitgliedstaaten, alle im Inland angebotenen Dienstleistungen wirksam zu regulieren, blieb erhalten. Zugleich wurden einheitliche Ansprechpartner eingeführt, die den Dienstleistungsanbietern helfen, in fremden Ländern tätig zu werden.

So wurden massiver Wettbewerbsdruck und Abbau von Standards erfolgreich verhindert. Höhere soziale Sicherheit, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen, Gesundheits- und Verbraucherschutz blieben gewahrt.

Dienstleistungskarte als neuer Vorstoß

Die heutige EU-Kommission unternimmt nun einen neuen Anlauf: Eine „Dienstleistungskarte“ soll Unternehmen erlauben, in anderen EU-Ländern Dienstleistungen anzubieten. Diese Dienstleistungskarte – vor kurzem war noch vom Dienstleistungspass die Rede – wird jedoch durch eine Behörde im Herkunftsland des Unternehmens ausgestellt.

Zwar sollen formal weiter die Bestimmungen des Ziellandes gelten. So soll die Behörde im Herkunftsland bei der des Ziellandes klären, ob das Unternehmen die dort geltenden Regulierungen einhält. Allerdings werden die Behörden im Zielland dabei massiv unter Druck gesetzt. Wenn sie nicht innerhalb von vier bzw. sechs Wochen reagieren, gilt die Dienstleistungskarte als ausgestellt und die Bestimmungen des Ziellandes gelten als gewahrt. Kurzum: Eine ausländische Behörde kann die Dienstleistungskarte nach eigenen Kriterien ausstellen. Ob die dafür notwendigen Anforderungen eingehalten werden, müssen inländische Behörden innerhalb von kürzester Zeit prüfen. Inländische Behörden haben aber nicht Möglichkeit auf die notwendigen Informationen und Dokumente zuzugreifen. Im Ergebnis konkurrieren dann auf einem Dienstleistungsmarkt Unternehmen, die

den Marktzugang durch Behörden unterschiedlicher Länder erhalten haben.

Gewerkschaften für ein soziales Europa

Die Gewerkschaften, aber auch Organisationen wie der ZDH, lehnen die Dienstleistungskarte ab. Denn von einem fairen Wettbewerb kann nur dann die Rede sein, wenn alle an einem Ort angebotenen Dienstleistungen denselben Regeln unterliegen! Und dafür ist es notwendig, dass die Behörden vor Ort die Einhaltung der Regulierungen effektiv und einheitlich kontrollieren und durchsetzen können. Die Dienstleistungskarte hebt eine einheitliche und effektive Kontrolle aus. Deshalb trägt sie zum Abbau wichtiger sozialer und qualitativer Standards bei und untergräbt den fairen Wettbewerb.

Die EU-Kommission bringt den Vorschlag zur Dienstleistungskarte zu einer Zeit, in der bereits viele EU-Länder tief in die Misere geraten sind aufgrund der Eurokrise und der nachfolgenden Austeritätspolitik mit Kürzung der Staatsausgaben bei Sozialleistungen, Renten, Investitionen und Gehältern. In den Krisenländern ist die Jugendarbeitslosigkeit riesig. Die Einkommensunterschiede zwischen den europäischen Ländern wurden in den letzten Jahren noch größer. Viele Menschen verabschieden sich enttäuscht von der europäischen Integration und wenden sich wieder nationalen Lösungen zu.

Jetzt muss die EU in die Zukunft investieren und mehr für soziale Sicherheit und Rechte der Bürgerinnen und Bürger tun. Eine Dienstleistungskarte, die zum Abbau von Verbraucher- und Arbeitsschutz, sozialer Sicherheit und Qualität beiträgt, wird die europäischen Probleme nicht lösen. Sie wird die Legitimationskrise der Europäischen Union nur noch verstärken. So lässt sich die Vision eines sozialen Europas bestimmt nicht erreichen!

Dienstleistungspaket

DGB kritisiert Regulierungspläne der EU-Kommission

Mit dem Binnenmarktpaket möchte die Europäische Kommission die Möglichkeit von EU-Mitgliedstaaten einschränken, Dienstleistungen und Berufsausübung zu regulieren. Es ist zwar richtig, den Europäischen Binnenmarkt so aufzubauen, dass die Mobilität von Beschäftigten EU-weit unter fairen Bedingungen ermöglicht wird. Dies muss aus Sicht des DGB eines der wichtigsten Ziele der EU sein. Jedoch reichen die aktuellen Regulierungen hierzu bereits weitgehend aus.

„Die EU-Kommission versucht, das erfolgreiche System der Berufsbildung und Qualitätssicherung in Deutschland zu sabotieren“, sagt Stefan Körzell, Mitglied des Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes.

Mit zwei aktuellen Vorschlägen für Richtlinien möchte die EU-Kommission den Binnenmarkt für Dienstleistungen und die Mobilität von Unternehmen und Beschäftigten stärken. „Die EU-Kommission versucht so

weitgehend in die Gestaltungsmöglichkeiten von EU Mitgliedstaaten einzugreifen und die bestehenden Qualitätssicherungssysteme und Berufsreglementierungen aufzuweichen. Sie werden dadurch davon abgehalten, innovativ und flexibel ihre Berufsbilder anzupassen“, so Körzell.

Die komplette Stellungnahme des DGB:
<http://handwerk.dgb.de/-/QZI>

IG BAU Bundeshandwerkskonferenz

Die Zukunft liegt in unseren Händen

Der Stellvertretende IG BAU-Bundesvorsitzende Dietmar Schäfers rief die Teilnehmer der IG BAU-Bundeshandwerkskonferenz und des Bundesarbeitskreises Berufliche Qualifizierung am 24. Februar 2017 dazu auf, sich dem Lohndumping entgegenzustellen und für Qualität und Bildung zu kämpfen.

„Im Handwerk beobachten wir gerade einen erstaunlichen Widerspruch“, stellte Dietmar Schäfers fest. „Die Bauwirtschaft boomt wie lange nicht. Und dennoch erleben wir teilweise einen erstaunlichen Schmutzwettbewerb zu Lasten der tariftreuen Betriebe!“ Schäfers fordert schärfere Anstrengungen gegen Lohndumping, auch von Seiten der Innungen und Arbeitgeberverbände.

Meisterpflicht sichert Qualität

Gleichzeitig warb er dafür, die Zeit bis zur Bundestagswahl politisch zu nutzen. „Wir haben berechtigte Forderungen an die Parteien. So hat sich gezeigt, dass die im Zuge der Agenda 2010 fallengelassene Meisterpflicht ein großer Fehler war“, sagte Schäfers. „Besonders hart ist der Wegfall für Fliesenleger. Zudem ist es auch

eine Frage des Verbraucherschutzes. Die Qualität leidet. Der Meister für Handwerksberufe muss neu geregelt werden.“

Auch die Überarbeitung des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) steht für die Gewerkschaften auf der Tagesordnung. „Eine Imagekampagne allein reicht nicht, die Probleme des Handwerks zu beheben“, so DGB-Bildungsexperte Thomas Giessler. „Wir müssen Druck aufbauen, damit sich etwas ändert.“ Giessler referiert als Gast der IG BAU-Konferenz über die Punkte Neuordnung der Ausbildung sowie Integration und Digitalisierung des Arbeitsmarkts. Sein Fazit: Die duale Ausbildung ist ein Zukunftsmodell.

Bildung hat Zukunft

Die IG BAU fordert bessere berufsbegleitende Qualifizierungen im Handwerk.

Klares Bekenntnis zum Tarif

„Beschäftigte müssen auf der Höhe der Zeit bleiben“, so Dietmar Schäfers. „Berufsbegleitendes Lernen gehört deshalb zum modernen Arbeitsleben dazu. Die Betriebe haben

doch selbst ein Interesse daran, dass sie sich über Qualität von den Wettbewerbern abheben! Tarifvertragliche Regelungen können sicherstellen, dass die Weiterbildung nicht dem Zufall überlassen wird.“

Im Anschluss wählten sowohl die Bundeshandwerkskonferenz als auch der Bundesarbeitskreis Berufliche Qualifizierung ihre Vorstände.



Copyright: IG BAU / Can

Vorstand der Bundeshandwerkskonferenz (von links): Detlev Hermann, Friedrich Pfohl, Michael Lehnert, Herbert Herrmann (ehem. Vorstand), Dietmar Schäfers, Stephanie Wlodarski, Carla Rodrigues, Mehmet Korkmaz. In Abwesenheit wurden gewählt: Karsten Berlin und Werner Baas.

IG Metall Bundeshandwerkskonferenz

Handwerk braucht gute Tarifverträge und qualifizierte Beschäftigte

Frankfurt am Main – Anlässlich ihrer 21. Bundeshandwerkskonferenz fordert die IG Metall, das Handwerk als Berufszweig attraktiver zu machen. „Das Handwerk muss für junge Menschen attraktiver werden. Das geht nur mit guten Arbeitsbedingungen. Dazu gehört eine stärkere Tarifbindung ebenso wie attraktivere Aus- und Weiterbildungsangebote“, sagte Jörg Hofmann, Erster Vorsitzender der IG Metall, am Samstag in Frankfurt.



Copyright: DGB

Unterzeichnung gemeinsame Erklärung ZDH und IG Metall zu Digitalisierung und Innovation, Holger Schwannecke (ZDH) und Ralf Kutzner (IG Metall)

Von den jungen Gesellinnen und Gesellen bleiben in den Metall- und Elektrohandwerken lediglich 33 Prozent in den Betrieben. 35 Prozent gehen direkt in die Industrie. Einen Grund sieht der IG Metall-Vorsitzende darin, dass viele Gewerke keinen Tarifvertrag haben und schlechte Arbeitsbedingungen bieten.

Um das Handwerk für Beschäftigte attraktiver zu machen, forderte Hofmann ein klares Bekenntnis aller Akteure zur Tarifautonomie. „Es genügt nicht, dass sich der Dachverband zur Tarifautonomie bekennt, wenn gleichzeitig viele Landesfürsten schlechte Arbeitsbedingungen organisieren. So kann Fachkräftesicherung nicht gelingen. Die IG Metall stellt sich der Verantwortung für das Handwerk, aber sie braucht auch starke Partner auf der Arbeitgeberseite“, erklärte der Gewerkschafter.

Durch die Digitalisierung werden sich für das Handwerk Geschäftsfelder und Arbeitsinhalte verändern. Das enthält Chancen, aber auch

Risiken. „Ein Viertel der Handwerksbetriebe hat Existenzängste. Deshalb brauchen wir mehr Mitbestimmung, denn über Betriebsräte und Tarifverträge können wir die anstehenden Veränderungen gestalten“, sagte Ralf Kutzner, für Handwerk zuständiges geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall. „Die Betriebe müssen weiter sensibilisiert und fachlich unterstützt werden. Zugleich müssen neue Qualifikationen in den Berufsbildern verankert und die Beschäftigten umfassend weiterqualifiziert werden.“ Die IG Metall und der Zentralverband des Deutschen Handwerks haben sich in einer Erklärung verpflichtet, die Herausforderungen durch die Digitalisierung und Innovationen gemeinsam zu meistern, sagte Kutzner.

Kritik übte Kutzner an dem von der EU geplanten Dienstleistungspaket. Mit diesen Richtlinien werde durch die Hintertür das Herkunftslandprinzip eingeführt. Deutsche Behörden könnten dann nicht mehr kontrollieren, zu welchen Standards Dienstleister in Deutschland ihre

Fliesenlegerhandwerk Für eine neue Meisterpflicht!

„Die Abschaffung der Meisterpflicht im Fliesen-, Platten- und Mosaiklegerhandwerk wie in vielen anderen Baubereichen war eine Fehlentscheidung mit fatalen Folgen, da die Qualität der Dienstleistung in Verruf geraten ist. Eine fachgerechte und qualitativ hochwertige Handwerksleistung kann nur durch gut ausgebildete Fachkräfte gewährleistet werden.“

Mit diesen Worten wandten sich Karl-Hans Körner, Vorsitzender des Fachverbandes Fliesen und Naturstein im Zentralverband des Deutschen Baugewerbes und Dietmar Schäfers, Stellvertretender Bundesvorsitzender der IG Bauen-Agrar-Umwelt, in einem gemeinsamen Schreiben an die Generalsekretäre der im Bundestag vertretenen Parteien und forderten gleichzeitig die Wiederaufnahme des Fliesen-, Platten- und Mosaiklegerhandwerks in die Anlage A der Handwerksordnung.

Mit der Reform der Handwerksordnung 2003/2004 wurde unter anderem im Fliesen-, Platten- und Mosaiklegerhandwerk die Meisterpflicht aufgehoben. Die Politik erhoffte sich seinerzeit durch die Deregulierung einen Wachstumsschub für das Handwerk und nachhaltig mehr Beschäftigung. Diese positiven Effekte blieben jedoch aus.



Copyright: DGB

Ralf Kutzner, Klaus Heimann, Holger Schwannecke, Brigitte Zypries und Jörg Hofmann (v.l.n.r.) im Gespräch

Dienste anbieten, kritisierte Kutzner. „Das wird auf den Baustellen Dumping Tür und Tor öffnen. Zugleich wird durch geplante Eingriffe in die nationale Souveränität im Bereich der reglementierten Meisterausbildung die Innovationsfähigkeit des Handwerks gefährdet, die für wichtige Zukunftsprojekte wie beispielsweise die Energie- und Verkehrswende gebraucht wird.“

Anlässlich der Handwerkskonferenz der IG Metall diskutieren Brigitte Zypries, Bundesministerin für Wirtschaft und Energie, und Holger Schwannecke, Generalsekretär des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks (ZDH), sowie Jörg Hofmann vor rund 150 Betriebsräten und Vertretern aus der Branche über die Zukunftsperspektiven des Handwerks.

Zehn Jahre Equal Pay Day

Noch immer kein Grund zum Feiern

Der Equal Pay Day markiert den Stichtag, ab dem Frauen endlich für ihre Arbeit entlohnt werden. In diesem Jahr fällt er auf den 18. März 2017. Das heißt: Von Anfang des Jahres bis zu dem Datum arbeiten Frauen „kostenlos“, im Vergleich zu Männern. Denn Frauen verdienen in Deutschland immer noch



21 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen. Daran hat sich in den letzten zehn Jahren kaum etwas geändert.

Was bedeutet das konkret für Frauen? Wird der Gender Pay Gap auf das vergleichbare „männliche“ Nettoeinkommen hochgerechnet, ergibt sich schnell der Gegenwert eines neuwertigen Mittelklassewagens. Darauf müssen Frauen durchschnittlich verzichten: ca. 300 Euro monatlich ... ca. 3.700 Euro jährlich ... ca. 41.000 Euro in zehn Jahren!

Auf diesen Skandal machen der Deutsche Frauenrat, der Sozialverband Deutschland und der DGB zum Equal Pay Day 2017 aufmerksam. Wir bleiben hartnäckig und fordern: Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit!

Mehr Informationen unter www.frauen.dgb.de.

Wörterbücher in Prüfungen

Echte Chancen für Geflüchtete

In den Berufsbildungsausschüssen wird auf Grund der steigenden Geflüchtetenzenzahlen und zahlreichen Prüflingen mit Migrationshintergrund in der Berufsausbildung seit einiger Zeit der Einsatz von Wörterbüchern in Prüfungen diskutiert. Derzeit sind nur Hilfsmittel wie Tabellenbücher, Taschenrechner oder Gesetzsammlungen erlaubt. Einzelne Kammern lassen trotzdem zweisprachige Wörterbücher zu.

Der DGB unterstützt den Einsatz von zweisprachigen Wörterbüchern in Prüfungen. Wir wollen aber die willkürliche Handhabung beenden und eine bundeseinheitliche Regelung

erreichen: Wir sprechen uns dafür aus, die Nutzung von zweisprachigen Wörterbüchern in den Musterprüfungsordnungen (BIBB Hauptausschussempfehlungen 120 und 121) zu ergänzen, um eine Grundlage für alle Berufsbildungsausschüsse zur Änderung der Prüfungsordnung zu schaffen.

Aus Sicht des DGB genügt es nicht, zu betonen, wie wichtig die Integration von jungen Geflüchteten und Menschen mit Migrationshintergrund in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt ist; es müssen auch entsprechende Voraussetzungen für eine erfolgreiche Prüfung gegeben sein.

Was die Berufsbildungsausschüsse tun können

Nimmt das Thema „Zulassung von zweisprachigen Wörterbüchern“ auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung, führt die Diskussion mit dem Ziel, die Prüfungsordnung anzupassen!

Für Fragen und mehr Information:
Sandra.Zipter@dgb.de

Handwerkssekretariat

Neue Herausforderungen



Copyright: DGB

Sandra Zipter arbeitet im Handwerkssekretariat als neue Referentin in Teilzeit. Sie löst Harm-Berend Wiegmann ab.

Die Bürokauffrau (IHK) und Diplom-Betriebswirtin (VWA) ist bereits seit 2000 für den DGB-Bundesvorstand tätig – als Personalsachbearbeiterin und Ausbilderin. Als Referatsleiterin in der Abteilung Bildungspolitik und Bildungsarbeit liegt ihr Schwerpunkt in den Themen Prüfungswesen und Berufsbildungsausschüsse. Wir sind gespannt auf ihre neuen Impulse für das Handwerk!

Harm-Berend Wiegmann wird sich in der Abteilung SID nun voll und ganz der Energiepolitik widmen. Bislang war er nur mit einer halben Stelle für Energiepolitik zuständig. Wir wünschen ihm frische Energie!

Silvia Pahlke hat ihre langjährige Tätigkeit im Handwerkssekretariat beendet. Wir danken ihr für die fruchtbare Zusammenarbeit und wünschen ihr von Herzen alles Gute! **Michaela Görner** übernimmt ihre Aufgabe übergangsweise, herzlich Willkommen!

Die DGB-Abteilung Struktur- Industrie- und Dienstleistungspolitik bildet jetzt auch aus!

Antonia Reimer wird ihre Ausbildung in der Abteilung beenden und dann die Nachfolge von Silvia Pahlke als Verwaltungsangestellte im Handwerkssekretariat übernehmen. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit.

Bundesfachgruppenleiter IG BAU Vorstände gewählt

Die IG BAU Bundesfachgruppen haben ihre neuen Vorstände gewählt. Damit stehen auch die Bundesfachgruppenleiter fest: **Ulrich Biesalski** (Steinmetzhandwerk), **Mehmet Korkmaz** (Gerüstbauer), **Robert Yates** (Dachdecker), **Karsten Berlin** (Maler und Lackierer), **Ingo von Scheffer** (Bauhauptgewerbe), **Chris Naumann** (Fliesenleger), **Hermann Kaiser** (Dämmstoff und Isolierer) und **Inge Bogatzki** (Gebäudereiniger). Wir gratulieren!

Personalien PerSe Spannende Zusammenarbeit



Copyright: privat

Inga Maubach arbeitet seit 2012 für Arbeit und Leben, zum Jahresbeginn wechselte sie von der LAG Berlin-Brandenburg in den Bundesarbeitskreis. Am Standort Berlin hat sie zuletzt den Fachbereich Internationale Bildung geleitet. Jetzt freut sie sich unter anderem auf die Koordination des Projekts Perspektive Selbstverwaltung (PerSe) und die Zusammenarbeit mit dem DGB-Bundesvorstand. Inga Maubachs Devise: „Alle sagten, das geht nicht. Dann kam einer, der wusste das nicht und hat es getan.“



Copyright: privat

Gerd Muschner ist als Bildungsreferent für das Projekt PerSe zuständig. Vor seiner Beschäftigung für Arbeit und Leben unterstützte der Diplompädagoge das Handwerkssekretariat des DGB-Bundesvorstands bereits seit 2009 als freiberuflicher Berater und Moderator, vor allem bei der Weiterbildung der HandwerkssekretärInnen und dem CSR-Projekt „Vertreten-Verbinden-Verantworten. Netzwerk zum sozialen Engagement im Handwerk“.

DGB Bundesjugendsekretärin „Fit machen für die Zukunft“



Copyright: DGB

Manuela Conte heißt unsere neue Bundesjugendsekretärin ab 1. April 2017. Die gelernte Reiseverkehrskauffrau wurde vom DGB-Bundesjugendausschuss gewählt, einem Gremium der ehren- und hauptamtlichen Jugendvertreter/innen aller DGB-Gewerkschaften.

„Die DGB Jugend wird sich weiter für gute Ausbildungs-, Arbeits- und Lebensbedingungen einsetzen. Wir stehen zu den Werten einer offenen, toleranten und vielfältigen Gesellschaft. Klar ist, dass die Bildungspolitik in diesem Land verbessert werden muss. Gerade die junge Generation muss sich fit machen können für die Zukunft und zwar alle gleichermaßen, unabhängig von Herkunft oder dem Portmonee der Eltern.“

Die 34-Jährige engagierte sich bereits zu Beginn ihrer Ausbildung ehrenamtlich in der Gewerkschaftsjugend. Nach einem gesellschaftspolitischen Studium absolvierte sie ein Traineeprogramm bei der IG Metall, danach war sie Jugendsekretärin in NRW und beim IG Metall-Vorstand für die strategischen Schwerpunkte der Jugendarbeit verantwortlich. „Ich freue mich auf die Arbeit, gerade in diesem spannenden Jahr der Bundestagswahl!“

Handwerkskammern Frisch gebackene Vizepräsidenten



Copyright: privat

Stefan Cibis ist jetzt Mitglied im DHKT-Vorstand und löst **Werner Baas** ab. Cibis kommt aus Varel, ist 47 Jahre alt, verheiratet, Zimmerer in der vierten Generation und Diplom-Bauingenieur. Seit 1996 ist er im Bauunternehmen E. u. H. Brunken GmbH + Co. KG in Varel tätig.

Lutz Scholz wurde zum Vizepräsidenten seiner Handwerkskammer Braunschweig-Lüneburg-Stade gewählt. Bisher hatte Roman Hannover das Amt inne.



Dieter Ehrenfels ist jetzt im Präsidium der Handwerkskammer Unterfranken und löst Alfred Veeth ab.



Copyright: privat

Mario Hau ist zum Vizepräsidenten der Handwerkskammer Südhüringen berufen nach Klaus Hering.

Mitglied werden!

Im Internet finden Sie alle weiteren Informationen, wie man Mitglied in einer DGB-Gewerkschaft wird.

www.dgb.de/service/mitglied-werden/index.html

Oder einfach den nebenstehenden QR-Code mit dem Mobiltelefon oder einem Tablet-Computer einscannen und die entsprechende Seite aufrufen.



Das DGB-Handwerkssekretariat gratuliert! Wir freuen uns auf eine gute Zusammenarbeit.